

Energie Control Austria  
Rudolfsplatz 13 a  
1010 Wien

Email : [marktregeln@e-control.at](mailto:marktregeln@e-control.at)

Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik  
Wiedner Hauptstraße 63 | Postfach 189  
1045 Wien  
T 05 90 900-DW 4222 F 05 90 900-269  
E [up@wko.at](mailto:up@wko.at)  
W [wko.at/up](http://wko.at/up)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
24.1.2019

Unser Zeichen, Sachbearbeiter  
Up/034/Kr  
Mag. Cristina Kramer

Durchwahl  
4222

Datum  
14.02.2019

## Gaskennzeichnungsverordnung - STELLUNGNAHME

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich dankt für die Übermittlung der Gaskennzeichnungsverordnung und nimmt dazu wie folgt Stellung.

### I. ALLGEMEINES

Österreich verfügt über eines der besten - aber leider auch administrativ aufwendigsten und damit teuersten - Systeme zur Dokumentation, Kontrolle und Transparenz der Herkunftsnachweise für Strom in Europa. Nun soll auch ein vergleichbares System für die Kennzeichnung von Gas geschaffen werden.

Einheitliche Standards für die Gaskennzeichnung sollen - nach dem Vorbild der Stromkennzeichnung - den Wirtschaftsstandort Österreich stärken und der zunehmenden Kundennachfrage nach erneuerbarem Gas - auch aus regionalen Quellen - Rechnung tragen. Durch die Miteinbeziehung der Besonderheiten von Power-to-Gas-Anwendungen ist vorgesehen, im Zuge der Sektorkopplung auch die Transparenz der Stromkennzeichnung weiter zu erhöhen.

Die Kennzeichnung soll nach einer prozentmäßigen Aufschlüsselung in Biogas, Deponiegas, Klärgas sowie Erdgas auf Basis des gesamten - vom Versorger an Endverbraucher über Gasleitungen - gelieferten Gases erfolgen.

Gemäß § 130 Abs 10 GWG besteht die Kennzeichnungspflicht allerdings nur, sofern die gesamtösterreichische Aufbringung von ins Erdgasnetz eingespeistem Biogas, Deponiegas und Klärgas in den vorangegangenen beiden Kalenderjahren jeweils eine jährliche Menge von 30 Mio m<sup>3</sup> überstiegen hat. Dieser Grenzwert von 30 Mio m<sup>3</sup> wird derzeit in Österreich bei weitem nicht erreicht.

Die E-Control stützt sich bei der gegenständlichen Verordnung zwar formal auf die Verordnungsermächtigung gemäß § 130 Gaswirtschaftsgesetz 2011 (GWG 2011), wonach Versorger, die in Österreich Endverbraucher mit Erdgas und/oder Biogas, Deponiegas oder Klärgas belie-



fern, verpflichtet sind, auf der Gas-Jahresabrechnung oder als Anhang für Endverbraucher den Versorgermix auszuweisen. Inhaltlich ist jedoch, wie aus dem Vorblatt hervorgeht, die Umsetzung der neugefassten Erneuerbaren-RL 2018/2001 beabsichtigt.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob der geplanten Verordnung nicht die gesetzliche Grundlage fehlt, da diese erst mit dem „Erneuerbaren Ausbau Gesetz“ geschaffen werden soll und es dadurch zu einer grundlegenden Neuregelung der gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich erneuerbarer Gase und zu einer Weiterentwicklung von Herkunftsnachweissystemen kommen wird (siehe dazu Vortrag an den Ministerrat vom 5.12.2018).

Eine Festlegung durch Verordnung erscheint uns daher zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht.

## II. ZU DEN EINZELNEN BESTIMMUNGEN

Unbeschadet der generellen Kritik an der vorzeitigen Einführung einer Gaskennzeichnung ohne entsprechende Gesetzesänderung, nehmen wir - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - zu einigen Bestimmungen des Verordnungsentwurfes Stellung:

### Zu § 2 - Begriffsbestimmungen:

Grundsätzlich ist die offen gehaltene Definition für erneuerbare Gase zu begrüßen. Insbesondere beim Begriff der Methanisierung sehen wir Bedarf zur Konkretisierung der umfassten Prozesse, da im aktuellen Entwurf das Power-to-Gas Projekt „Underground Sun Conversion“ nur bedingt abgebildet ist.

Um Missverständnissen vorzubeugen, sollte daher eine Klarstellung dahingehend erfolgen, dass bei der Methanisierung auch biogene Herstellungsverfahren und die dabei stattfindenden mikrobiologischen Prozesse mitumfasst sein sollten, zumal der Begriff „synthetisch“ mitunter ein rein technisch-katalytisches Verfahren unterstellt. Unser nachfolgender Textvorschlag trägt diesem Umstand entsprechend Rechnung:

### Vorschlag für § 2 Abs 1:

§ 2. (1) Im Sinne dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

1. „Gas“ in das Erdgasnetz eingespeistes Erdgas sowie gemäß den Regeln der Technik
  - a) auf Erdgasqualität aufbereitete biogene Gase oder
  - b) durch Anlagen zur Umwandlung von Strom ~~in Wasserstoff oder synthetisches Erdgas~~ (Power-to-Gas-Anlagen) erzeugter Wasserstoff sowie ~~synthetisches Methan, das ein~~ durch Methanisierung (einschließlich der herbeigeführten rezenten Methanisierung in geologischen Strukturen) von Wasserstoff auf Erdgasqualität aufbereitetes Gasgemisch erzeugt worden ist;
2. „erneuerbare Gase“ biogene Gase sowie ~~durch Wasserelektrolyse (Power-to-Gas) mittels der in Z 1 lit b) genannten Verfahren~~ erzeugter Wasserstoff und ~~synthetisches Methan, das durch wasserelektrolytisch erzeugten Wasserstoff und anschließende Methanisierung ein auf Erdgasqualität aufbereitetes Gasgemisch, das durch die in Z 1 lit b) genannten Verfahren entstanden oder~~ erzeugt worden ist, sofern für die ~~Wasserelektrolyse ein erneuerbarer Energieträger~~ Wasserstoffherzeugung erneuerbare Energie zum Einsatz gekommen ist;
3. „Gas aus sonstigen Energieträgern“ Gas, das weder unter Z 1 lit a) und lit b) noch Z 2 fällt ~~Erdgas noch erneuerbares Gas ist.~~

Die von uns vorgeschlagenen Änderungen von „Methan“ auf „ein auf Erdgasqualität aufbereitetes Gasgemisch“ haben den Hintergrund, dass das Produkt eines jeden Methanisierungsprozesses immer noch Restkonzentrationen der Ausgangsstoffe (ua Wasserstoff) enthält - das Produkt des Prozesses ist daher nicht ausschließlich (reines) Methan, sondern ein Gasgemisch. Dieses muss in seiner Qualität natürlich den geltenden Erdgasqualitätsbestimmungen entsprechen.



chen, bevor es in das Gasnetz eingespeist werden kann. Die Punkt B3 und C4 in Anhang 1 wären dann ebenfalls sinngemäß abzuändern.

Generell ist festzuhalten, dass in der derzeitigen Version die Kategorisierung von § 2 und jene in Anhang 1 voneinander abweichen. So würde bspw. Wasserstoff auf Basis nuklearer/fossiler Energieträger potentiell in Kategorie Abs 1 Z 1 lit b) fallen; im Anhang wäre er aber als Gas aus sonstigen Energieträgern zu qualifizieren. In diesem Zusammenhang regen wir an, den Anhang in seinem logischen Aufbau der Struktur von § 2 entsprechend anzupassen. Entscheidend ist zudem, dass „erneuerbare Gase“ auch tatsächlich mittels erneuerbarer Energien (und nicht Energieträgern) gewonnen werden.

Semantische Änderungen bei der Definition könnten sich allenfalls noch ergeben (zB „gewonnener“ bzw. „konvertierter“ Wasserstoff statt „erzeugter“ Wasserstoff, etc). Daher sollte vor Erlassung der Verordnung unbedingt eine Abstimmung mit der Gasbranche (insbesondere Fachverband Gas Wärme und ÖVGW) herbeigeführt werden.

Im Sinne der Einheit der Rechtsordnung sollten die im Rahmen der Gaskennzeichnungs-VO festgelegten Definitionen aber jedenfalls mit dem GWG übereinstimmen und daher dessen Novellierung abgewartet werden.

#### **Zu § 4 - Ausweisung des Versorgermixes:**

In den Erläuterungen zu § 4 des Verordnungsentwurfs wird bei freiwilligen produktspezifischen Zusatzangaben („Produkte“) auch explizit auf die Geltung des § 130 Abs 4 GWG verwiesen. Gemäß § 130 GWG Abs 10 sind dessen Abs 1 bis 4 aber erst nach Erreichung der 30 Mio m<sup>3</sup>-Grenze verpflichtend, sodass sich der § 4 Abs 3 nur auf die verpflichtende Gaskennzeichnung (Versorgermix) beziehen kann. Zur Vermeidung von Unklarheiten müssen die Erläuterungen entsprechend adaptiert werden:

*„[...] Sofern ein Versorger im Rahmen des Verkaufs an Endverbraucher eine Produktdifferenzierung mit unterschiedlichem Energiemix vornimmt, gilt insbesondere auch die Bestimmung des § 130 Abs 4 GWG 2011, sofern gemäß § 130 Abs 10 die Verpflichtung zur Kennzeichnung nach Abs 1 bis 4 besteht; vor Erreichen dieses Schwellenwertes gelten für Produktdifferenzierungen mit unterschiedlichem Energiemix die Verpflichtung nach § 130 Abs 5 bis 8.“*

Entscheidend ist jedenfalls, dass bei einer freiwilligen Ausweisung eines Produktmixes keine Verpflichtung zum gleichzeitigen Ausweis des Versorgermixes besteht, da es sich bei § 130 Abs 9 GWG um eine sog. „Durchführungsverordnung“ handelt, welche im Hinblick auf das Legalitätsprinzip des Art 18 B-VG die gesetzlichen Regelungen nur konkretisieren, aber nicht ihrem Anwendungsbereich erweitern darf. Auf eine solche Erweiterung des Anwendungsbereichs würde es aber hinauslaufen, wenn die ECA die in Zusammenhang mit der verpflichtenden Kennzeichnung nach § 130 Abs 1 bis 4 GWG 2011 bestehenden Regelungen (die erst ab Überschreitung des 30 Mio m<sup>3</sup> Schwellenwertes nach Abs 10, erster Satz gelten), auch auf Fälle erstrecken würde, in denen die Kennzeichnung mangels Erreichens dieses Schwellenwertes freiwillig erfolgt.

#### **Zu § 7 - Gültigkeit von Nachweisen:**

Für den Strombereich findet sich eine entsprechende rechtliche Vorgabe für die Gültigkeit von Herkunftsnachweisen in § 10 Abs 5 Ökostromgesetz. Eine entsprechende Rechtsgrundlage für Gas fehlt. § 130 Abs 5 bis 8 GWG regelt nur die Überprüfungsmöglichkeiten der Regulierungsbehörde, enthält jedoch keine Kompetenz zur Regelung der Geltungsdauer, sodass auch in dieser Hinsicht die E-Control ihre Verordnungskompetenz überschreitet (keine gesetzliche Deckung).



Die E-Control beruft sich in den Erläuterungen zu § 7 direkt auf die Erneuerbaren-RL 2018, jedoch ist für die Umsetzung einer EU-Richtlinie in jedem Fall einer gesetzlichen Grundlage erforderlich. Eine Umsetzung durch eine Verordnung ist daher unzulässig.

Aufgrund der hohen wirtschaftlichen Bedeutung von Nachweisen für die Unternehmen kann eine Regelung hinsichtlich derer Gültigkeit erst auf Basis der neuen gesetzlichen Grundlage iZm dem „Erneuerbaren Ausbau Gesetzes“ erfolgen.

Zudem ist der Begriff „Nachweise“ zu weitgehend, da es sich im konkreten Zusammenhang um den Nachweis des Anteils erneuerbarer Energie gegenüber dem Endkunden handelt (gemäß § 130 Abs 1 auf Rechnungen und Werbematerial), sodass der Begriff „Herkunftsnachweise“ zu verwenden ist (so ist dieser Begriff auch in der Erneuerbaren-RL definiert).

Andernfalls würde es zu Verwerfungen mit den im Biomethan-Register des Bilanzgruppenkoordinators generierten Zertifikaten kommen (siehe unten Anmerkungen zu § 9). Es muss auf jeden Fall auch sichergestellt sein, dass die bereits gemäß dem bestehenden Biomethan-Register generierten Zertifikate - sofern kein Widerspruch zur Erneuerbaren-RL besteht - auch im neuen System vollinhaltlich ihre Gültigkeit behalten.

#### **Zu § 9 - Übergangsfristen:**

Aus dem jetzigen Verordnungsentwurf geht die geplante Wechselwirkung des bestehenden, bei der AGCS situierten Biomethan-Registers und des neuen Herkunftsnachweissystems gemäß der Gaskennzeichnungsverordnung nur sehr rudimentär hervor.

Dass für die Einrichtung der Datenbank für Herkunftsnachweise für erneuerbare Gase (Erweiterung der für den Strombereich etablierten „Registerdatenban“ auf den Gasbereich) erst eine gesetzliche Grundlage (analog zum Ökostromgesetz) geschaffen werden muss, wurde bereits eingangs erwähnt.

Daher ist aus rechtlicher Sicht auch diesbezüglich die Erlassung „Erneuerbaren Ausbau Gesetzes“ abzuwarten. Dies gilt gleichermaßen für die vorgesehenen Meldepflichten, für die - im Unterschied zum Strombereich (siehe § 10 Abs 2 Ökostromgesetz) - im Gasbereich keine gesetzliche Deckung besteht.

#### **Zu § 9 Abs 1:**

Abgesehen davon, dass für die Meldeverpflichtungen gemäß § 9 die gesetzliche Grundlage fehlen (vgl § 10 Abs 2 Ökostromgesetz für Strombereich) sollten die Netzbetreiber die angeführten Daten nicht direkt an die Regulierungsbehörde übermitteln, da es sonst zu einem doppelten Aufwand und zu Zuordnungsschwierigkeiten kommen würde. Denn Nachweise für erneuerbare Gasmengen werden für unterschiedliche Zwecke benötigt und eingesetzt, nicht nur zum Zweck des Herkunftsnachweises hinsichtlich der Gaskennzeichnung.

Daher müsste die E-Control auch eine entsprechende Differenzierung des Verwendungszwecks des erneuerbaren Gases vornehmen (und nicht eine automatische Zuweisung der gemeldeten Einspeisemengen für das Generieren von Herkunftsnachweisen).

Die gemäß dem bestehenden Biomethannachweissystem des Bilanzgruppenkoordinators generierten Zertifikate nehmen diese Differenzierung bereits vor und dienen als Nachweis für vielfältige Einsatzmöglichkeiten von Biomethan: nicht nur zum Zwecke des Herkunftsnachweises iSd Verordnungsentwurfes oder der Ökostromförderung, zB können mit dem Biomethanregister-Auszug auch Biomethanbetankungen nachgewiesen und gesetzliche Erstattungen und Vergütungen beantragt werden.

Den jeweiligen Verwendungszweck legt der Eigentümer fest. Eine direkte Meldung des Netzbetreibers in die Datenbank der ECA könnte dazu führen, dass die gemeldeten Einspeisemengen von der ECA nur für das Generieren von Herkunftsnachweisen (zum Nachweisen für Versorgermix) gegenüber Kunden verwendet werden und damit die Verwendungsmöglichkeit des Eigentümers beschränkt wird. Entsprechend dem Geltungsbereich der Verordnung soll die Behörde auch nur solche Daten bekommen, die für den Zweck der Herkunftsnachweise für die Gaskennzeichnung (Versorgermix) verwendet bzw. benötigt werden.


**Zu § 9 Abs 2:**

Auch eine direkte Übermittlung der entnommenen Gasmengen je Versorger vom Netzbetreiber an die Regulierungsbehörde sollte entfallen, da diese Daten ohnehin im Clearingsystem des Bilanzgruppenkoordinators vorliegen und durch den BKO effizient an die Herkunftsnachweisdatenbank übermittelt werden können.

**III. ZUSAMMENFASSUNG**

Etlichen Bestimmungen der geplanten Verordnung fehlt die gesetzliche Deckung. Die Gaskennzeichnungsverordnung sollte daher erst nach Schaffung der gesetzlichen Grundlage im „Erneuerbaren Ausbau Gesetz“ erlassen werden.

Freundliche Grüße

  
Martha Schulz  
Vizepräsidentin

  
Karlheinz Kopf  
Generalsekretär